



InfoBrief

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



29. September 2023

Liebe InfoBrief-Abonnenten,

es geht in den Endspurt im Landkreis Birkenfeld, denn am **15. Oktober ist Stichwahl**. Unser CDU-Kandidat **Mirosław Kowalski** hatte beim ersten Wahlgang am Sonntag die Nase vorn und geht nun in die Stichwahl. Ich freue mich sehr für ihn, denn Mirosław ist authentisch und echt, erfahren, herzlich, und er vereint verschiedene Lebenswelten. Er wäre ein großartiger Landrat für den Kreis. In den kommenden Tagen und Wochen wird er viel unterwegs sein und noch einmal alles geben, um die Bürgerinnen und Bürger von sich und seinen Ideen für die Region zu überzeugen. **Wenn Sie ihn treffen möchten**, kann ich Ihnen eine **Veranstaltung am 8. Oktober** ans Herz legen. Mehr dazu erfahren Sie im InfoBrief. Für die Stichwahl hoffe ich auf eine höhere Wahlbeteiligung und ein weiterhin faires Miteinander. Denn Demokratie lebt vom Einsatz aller – der Kandidaten, aber auch der Bürgerinnen und Bürger. Schließlich geht es um nichts Geringeres als den gesamten Kreis – und dessen Entwicklung in den kommenden acht Jahren! **Ein großer Dank** geht an alle Kandidaten, dass sie sich zur Wahl gestellt haben, denn das ist nicht selbstverständlich.

In der heute endenden Berliner Sitzungswoche haben wir als Unionsfraktion unter anderem die aktuelle **Wohnungsbaukrise zum Thema gemacht**. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer, und Projekte werden reihenweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten.

Im **freien Fall befinden sich die Baugenehmigungen im Neubau**: Von Januar bis Juli 2023 gingen diese um mehr als ein Drittel bei Einfamilienhäusern, um über 50 Prozent bei Zweifamilienhäusern und um ein gutes Viertel Prozent bei Mehrfamilienhäusern im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 zurück. Das von der Ampel in ihrem Koalitionsvertrag **angekündigte Ziel**, pro Jahr 400 000 neue Wohnungen zu bauen, wird verfehlt. Im Jahr 2023 werden nach Hochrechnungen nur noch 223 000 und im Jahr 2024 sogar im schlimmsten Fall nur noch 177 000 neue Wohneinheiten fertiggestellt – das wäre der tiefste Stand seit 2009. Gleichzeitig wächst der Bedarf in Deutschland nach Wohnungen; laut einer aktuellen Studie fehlen aktuell bereits 700 000 Wohnungen. Die Preise für Wohnimmobilien sinken zwar. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Zinsen und Inflation einen deutlichen Steigflug hingelegt haben und sich die Menschen, die in den eigenen vier Wänden wohnen wollen, diese weiterhin nicht leisten können. Verantwortlich dafür sind nicht nur die Zins- und Preisentwicklung, sondern insbesondere die verfehlt Bau- und Wohnpolitik der Ampel. Die rot-grün getriebene Illusion, dass man mit dem Eindampfen von erfolgreichen Förderprogrammen, extrem hohen

Anforderungen an die Energieeffizienz und einem komplett falsch angelegten Eigentumsförderprogramm etwas bewirken kann, muss endlich ein Ende haben. Zu diesem Thema war ich gestern in der **ZDF-Sendung maybrit illner** zu Gast – mehr dazu und den Vorschlägen der Union lesen Sie unten.

Und auch um die **Migrationspolitik** ging es in dieser Woche mit einer von unserer Fraktion angesetzten Aktuellen Stunde. Noch in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags am 6. September 2023 hatte der Kanzler einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen. In dem dazugehörigen Papier des Bundeskanzleramts finden sich auch vage Aussagen zur Migrationspolitik. Der Aufschlag des Bundeskanzlers ist **mittlerweile drei Wochen her**. Seitdem ist von Seiten der Bundesregierung nichts passiert. Es gibt keine Vorschläge, über die wir sprechen könnten. Es gibt keine Einigkeit in der Ampelkoalition, welche Maßnahmen nun erforderlich sind. Wir haben deshalb die Initiative übernommen und in der vergangenen Woche **mit unserem Antrag „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“** eine Reihe konkreter Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben den Bundeskanzler beim Wort genommen und ein konkretes Angebot für einen Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik vorgelegt.

Eine **Antwort des Bundeskanzlers auf unser Angebot ist bisher ausgeblieben**. Wenn er schon öffentlich einen „Deutschland-Pakt“ vorschlägt, zu unserem konkreten Verhandlungsaufschlag aber einfach weiter schweigt – dann ist das ein Anlass, nachzufragen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch, zu erfahren, wie der Bundeskanzler das für unsere Gesellschaft so dringende Problem der irregulären Migration lösen will.

Und die Debatte zum Thema **Zahnarztbehandlung** für Asylbewerber? Friedrich Merz hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Die Kosten für Zahnarztbesuche von Asylbewerbern beziffert der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit 690 Millionen Euro für das vergangene Jahr. Dies entspricht knapp über zehn Prozent der Gesamtausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 6,5 Milliarden Euro, sagte Landsberg.

Schon ab dem ersten Tag erhalten Migranten in Deutschland eine gute Gesundheitsversorgung. Nach 18 Monaten eröffnet das **Asylbewerberleistungsgesetz** den allermeisten Migranten einen Zugang, wie ihn auch deutsche GKV-Versicherte haben, einschließlich Härtefallregelungen. Wenn Ministerpräsidentin Dreyer gestern dagegen bloß von einer ‚Basisabsicherung‘ spricht, ist das schlichtweg falsch.

Unser Sozialsystem steht unter erheblichem Druck. Wir müssen die Grundsatzdebatte führen, wie wir die Finanzierbarkeit und die Akzeptanz der sozialen Absicherung erhalten können. Dabei geht es auch um Gerechtigkeit gegenüber jenen, die jahrelang Beiträge in das System eingezahlt haben. Es hilft dabei wenig, wenn die Ampel den **Diskussionskorridor** auf das verengt, was ihr genehm ist. Gerade dieses reflexhafte Tabuisieren und Wegschauen bei handfesten Problemen befördert Politikverdrossenheit und Populismus.

Am Wochenende freue ich mich auf **zwei besondere Termine in meiner Heimatstadt Bad Kreuznach**. Morgen um 14 Uhr wird das **Museum Schlosspark** die neue Ausstellung des Künstlers Karl Günter Wolf feierlich eröffnen. Der Titel „Standorte, Standpunkte“. Konrad Adenauer, der Enkel des ehemaligen Bundeskanzlers, wird die Ausstellung eröffnen und persönliche Einblicke zum Werk und

zur Person des Künstlers geben. Noch bis zum 24. Januar kann man die Werke im Museum sehen. Ein Besuch lohnt sich ganz bestimmt.

Der Samstag ist damit quasi der Auftakt zum Sonntag, denn da beginnt um 11 Uhr die **Feierstunde mit Konrad mit Konrad Adenauer** zu gleich drei besonderen Anlässen: 65 Jahre Treffen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in Bad Kreuznach, 60 Jahre Élysée-Vertrag, 60 Jahre Partnerschaft Bad Kreuznachs mit Bourg-en-Bresse. Es wird also festlich im **Grünen Saal des Kurhauses**.

Haben Sie alle ein schönes Wochenende und genießen Sie die warmen Spätsommerstunden,

Ihre


Julia Klöckner

Einladung: Mirosław Kowalski trifft Roderich Kiesewetter



Herzliche Einladung! 

**Sicherheit in diesen Zeiten:
Was müssen Bundeswehr, Polizei
und Hilfskräfte leisten?**

Sonntag, 8. Oktober, 10:30 Uhr.
Stadenhalle, Im Staden 36, Idar-Oberstein.

Mirosław Kowalski trifft **Roderich Kiesewetter MdB**
Landratskandidat Sicherheitspolitiker

Vor allem **für unsere Hilfskräfte sind es herausfordernde Zeiten:** Nicht weit von uns tobt ein Krieg, unsere Bundeswehr schult Soldaten für die Verteidigung, Hilfskräfte kümmern sich in Krisengebieten und zuhause um Hilfesuchende, und unsere Polizei verteidigt unsere Ordnung.

Ihnen wollen der Landratskandidat und Birkenfelds Stadtbürgermeister, Mirosław Kowalski, und der bundesweit bekannte **Sicherheitspolitiker und TV-Talkgast, Roderich Kiesewetter** MdB, den Rücken stärken. Ob THW, Feuerwehr oder die Bundeswehr – ihre Einsätze nehmen zu und damit auch die Aufgaben und Gefahren. **Wie man unsere Hilfskräfte bestmöglich stärken kann**, was sie benötigen und wie sie ihre aktuelle Lage sehen, darüber möchte CDU-Land-

ratskandidat Mirosław Kowalski von den Betroffenen und Ehrenamtlern mehr erfahren. Zur Diskussion eingeladen hat er deshalb auch den Sicherheitsexperten der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag und Oberst a.D. der Bundeswehr, Roderich Kiesewetter MdB.

Betroffene und Interessierte sind herzlich eingeladen, am **8. Oktober um 10.30 Uhr in die Idar-Obersteiner Stadenhalle** zu kommen.

Wohin steuert der Wohnungsmarkt: Runde im ZDF bei „maybrit illner“



Um die Zukunft des deutschen Wohnungsmarktes ging es gestern Abend in der ZDF-Talksendung „maybrit illner“. Wir brauchen **dringend Impulse für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau**. Die Ampel-Regierung hatte bis zum Baugipfel am Montag beim Bundeskanzler alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Die auf dem Gipfel angekündigten Maßnahmen greifen auch manche unserer Forderungen auf. Sie **reichen aber längst nicht aus**.

Wir fordern als Unionsfraktion einen **Dreiklang** aus Kostensenkungen, steuerlichen Maßnahmen und gezielter Förderung:

- Eine neue **Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau**: Unternehmen garantieren Mietbegrenzungen und schaffen so bezahlbaren Wohnraum, dafür erhalten sie zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten.
- den Ländern rechtssicher die Möglichkeit eröffnen, **bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag** von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einzuführen;
- aufgrund des Preisanstiegs bei Wohnimmobilien von fast 65 Prozent innerhalb der vergangenen zehn Jahre die **erbschaftsteuerrechtlichen Freibeträge** entsprechend anheben;

Die Bauwirtschaft ist ein **tragender Pfeiler unserer Konjunktur**. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen.

Hier können Sie die Sendung sehen, falls Sie sie verpasst haben: [maybrit illner - ZDFmediathek](#)

Austausch mit Frankreich: Besuch der Commission des affaires économiques



Mittwochs 10 Uhr in einer Sitzungswoche. Immer dann **tagt der Wirtschaftsausschuss** des Deutschen Bundestages. Regelmäßig haben wir auch Gäste – etwa von Verbänden, Unternehmen oder wie in dieser Woche auch aus dem Ausland. Es war eine besondere Sitzung des Wirtschaftsausschusses, denn unsere **Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich waren zu Gast**. Die Mitglieder der Commission des affaires économiques der Assemblée nationale um ihren Vorsitzenden Guillaume Kasbarian.

Sie haben von den Themen berichtet, die bei ihnen aktuell auf der Agenda stehen. Natürlich haben wir auch **viele gemeinsame Themen**, zu denen ein regelmäßiger Austausch unter befreundeten Nachbarn sinnvoll und wichtig ist: Kernkraft, das Handelsabkommen Mercosur und die Ausrichtungen einer Industriepolitik. Danke für den Besuch und die Diskussionen. Vive l'amitié franco-allemande!

Einschalten & fragen: Auf Instagram mit Florian Langenscheidt

Im Gespräch:
Warum unsere Demokratie mehr Debatten braucht.
Mittwoch, 6. Oktober, 17 Uhr.
Instagram Live

Julia Klöckner
Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Florian Langenscheidt
Verleger, Buchautor und Redner

Einen Langenscheidt mit dem **türkisfarbenen „L“** auf gelben Grund findet sich in nahezu jedem Bücherregal. **Florian Langenscheidt hat den Verlag viele Jahre geführt** und ist heute als Autor und Herausgeber vieler Bücher bekannt. Auch sozial ist er sehr engagiert: 1994 initiierte er die gemeinnützige Kinderorganisation „Children for a better world“, er ist Gesellschafter der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, bei der Stiftung Lesen aktiv. In seinem jüngsten Buch „Vom Glück der Freiheit“ widmet er sich in **Gesprächen mit jungen Unternehmerinnen und Unternehmern** dem Thema Gründen und seinen Herausforderungen.

Am **Freitag, den 6. Oktober**, habe ich mich mit ihm für **17 Uhr zu einem Live-Gespräch** auf meinem Instagram-Kanal verabredet. Dort möchte ich mit ihm auch über sein Engagement für Kinder und Ju-

gendliche sprechen. Über den aktuellen Zustand der Gesellschaft, **Fragen von Freiheit und Verantwortung**, Unternehmertum und Debattenkultur. **Wir freuen uns über Fragen der Zuschauer**, auf die wir live eingehen werden.

Für einen starken Chemiestandort: Im Interview mit n-tv

Im politischen Berlin eilt man von einem Gipfel zum nächsten. Dabei gibt es kein Erkenntnisproblem. Es **fehlt an konkreten Entscheidungen und Handlungen**. Der Chemiesektor ist eine Schlüsselbranche Deutschlands. Unser Land muss ein starker Chemiestandort bleiben. **Wie deutlich müssen die Warnungen denn noch werden?** Die Deindustrialisierung schreitet voran, die Ampel muss endlich die richtigen industriepolitischen Weichen stellen, eine abgestimmte Industriestrategie vorlegen. Heute wäre die Chance gewesen für klare Zusagen, für konkrete Unterstützungen. Doch: Chance vertan. Und **wie weit weg der Bundeskanzler von der Realität ist, zeigt sein Entwurfspapier**, in dem er davon sprach, man wolle den Energiepreis stabil halten. Von stabil kann keine Rede sein, sondern von viel zu hoch.



Dass am Ende dann auch kein geschlossener Chemie-Pakt beim Treffen herauskam, sondern **lediglich eine Absichtserklärung**, ist dann auch nicht mehr verwunderlich. Die **Abwanderung der energieintensiven Industrie** ist bereits im Gange, doch die Senkung der Stromsteuer oder eine Einigung beim Brückenstrompreis nach wie vor nicht in Sicht.

Wir als Union fordern sehr klar: Energieangebot ausweiten, auch durch das Anfahren der abgeschalteten Kernkraftwerke, Stromsteuer und Netzentgelte müssen gesenkt werden. Auch bei Bürokratieabbau, Sozialabgaben und Steuern besteht Handlungsbedarf, damit unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt und gut bezahlte Arbeitsplätze in unserem Land auch weiterhin sicher sind. **Regierungsinitiativen wie das Anstoßen eines PFAS-Verbots gefährden zudem den Chemie- und Industriestandort Deutschland.** Und dass der Finanzminister fehlte, lässt erahnen: Statt geeintes Handeln erwartet uns wieder zielloses Streiten. Das ist das Letzte, was unser Industriestandort für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit in diesen Zeiten braucht.

Sie möchten den Beitrag ansehen? Dann bitte hier klicken: [Ernüchterung nach "Chemiegipfel": Klöckner: "Was bringt ein Pakt, der keine Folgen hat?" - n-tv.de](#)

Kindgerecht und mit Empathie: Bad Kreuznacher Autorin Cara Ludigs



Immer wieder stelle ich Ihnen hier Projekte und Initiativen vor, die ich gut finde und für die ich gerne Werbung mache. **Heute ist es ein Buch, das ich Ihnen ans Herz legen möchte.**

„Traumaland“ – ein Werk der jungen **Bad Kreuznacherin Cara Ludigs**. Es ist ein Buch für Kinder, aber auch die vorlesenden Erwachsenen werden viel daraus mitnehmen. Um die Aufarbeitung der Corona-Zeit geht es, kindgerecht und mit viel **Phantasie und Empathie**. Denn vor allem für die Kleinsten unserer Gesellschaft war es eine einschneidende Zeit, die viel ausgelöst hat. „Traumaland“ ist das erste große Vorlesebuch in diesem Stil und erhielt viel positives Feedback. Unter anderem vom renommierten Neurobiologen Prof. Dr. Gerald Hüther.

Mehr zum Buch und der sympathischen Autorin erfahren Sie hier: www.canmalu.de

Fragen oder Anliegen? Nutzen Sie meine Telefonsprechstunde

Telefon-sprechstunde
Freitag, 6. Oktober,
von 10 bis 11 Uhr

Haben Sie Fragen
oder Anliegen?
Ich bin für Sie da!

Anmeldung bitte unter:
julia.kloeckner.wk@
bundestag.de
oder 06 71 / 92 07 98 47

Für Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis biete ich **regelmäßig Sprechstunden** an – per Video, Telefon, auf Wochenmärkten oder in meinen Wahlkreisbüros in Bad Kreuznach oder Idar-Oberstein. Gerne komme ich aber auch einmal in eine der vielen **kleineren Gemeinden des Wahlkreises zu einer öffentlichen Bürgersprechstunde**. Schreiben Sie mir gerne, wenn Sie hier einen Vorschlag haben und ich einmal in Ihren Ort kommen sollte.

Meine nächste Telefonsprechstunde ist am **6. Oktober 2023 von 10 bis 11 Uhr**.

Schreiben Sie mir bitte an julia.kloeckner.wk@bundestag.de oder melden sich telefonisch unter 06 71/92 07 98 47, wenn Sie ein Anliegen mit mir besprechen möchten.